Ansprache von Martin Graf anlässlich der Nominationsversammlung der Grünen Kanton Zürich vom 25. August 2014 im CEVI Zentrum Glockenhof

Liebe Grüne

Die Amtsdauer 2011 – 15 ist noch nicht zu Ende und es steht bis zu den nächsten Wahlen noch einiges auf der Agenda. Ich freue mich, bereits heute abend meine Bereitschaft bekannt zu geben, eine weitere Amtsdauer im Regierungsrat mitwirken zu wollen. Die Arbeit ist intensiv, abwechslungsreich und spannend, auch und gerade im Gemischtwarenladen meiner Direktion.

Am Eröffnungskonzert zum Lucerne Festival 2014 hielt Bundesrat Maurer ein Grusswort. 3 Punkte waren ihm wichtig (bei ihm sind es immer drei Punkte): die eigenen Wurzeln, die völkerverbindenden Werte und die Weitsicht. Was er genau damit sagen wollte, weiss ich nicht. Denn er sagte nicht, was er unter den drei Stichworten selbst versteht. Jedenfalls lassen sie sich nicht aus dem Programm seiner Partei ableiten. Dass seine Partei auf dem Holzweg sei, weil sie mit permanenter Rücksichtslosigkeit die Werte und politischen Errungenschaften unseres Landes kaputt machen, wollte er wohl auch nicht sagen. Was dann?

Wenn Ihr Euch entscheidet, mich für die nächsten Wahlen zu unterstützen, dann wählt Ihr faktisch ein "Antiprogramm" zur Beliebigkeit von Ueli Maurer. Ich sage meistens ziemlich klar und deutlich, was ich meine – auch wenn es Einzelnen oder gar Bischof Huonder nicht passt. Mit mir habt Ihr keinen Gartenzwerg als grüne Dekoration. Was ich sage, entspricht meiner inneren Überzeugung. Was ich tue, ist das, was ich verantworten kann und will. Das tue ich gerne weiterhin als Regierungsrat.

Eine Regierungsbeteiligung ist für uns Grüne enorm wichtig. In der eigenen Direktion besteht ein grosser Handlungsspielraum, in der Regierung laufen dank der nicht öffentlichen Sitzungen Entscheide nicht immer entlang von Parteirichtlinien. Und – nicht zu vergessen: zusammen mit den beiden Sitzen der SP stellen wir fallweise eine starke Minderheit, die auch Einfluss nehmen kann.

Vielleicht fragt Ihr Euch, wie ich in den letzten Jahren überhaupt grünes Gedankengut in der Regierung einbringen konnte. So grün sind die Stellungnahmen der Regierung nun auch nicht.

In meiner Direktion stehen gesellschaftliche Fragen im Vordergrund. Ich gehe dabei von der Grundhaltung aus, dass jeder Mensch das Recht auf einen Platz in dieser Welt. Jeder Mensch hat ein Recht auf Existenz, existenzielle Sicherheit und rechtsstaatlichen Umgang. Im Gegenzug erwarte ich von jeder/jedem einen respektvollen Umgang und einen Beitrag an eine funktionierende Gesellschaft.

Diese Grundhaltung prägt meine Zielvorstellungen in der Direktion:

Als Verantwortlicher für einen Viertel der Schweizer Gefängnisplätze bedeutet dies, dass Straftätern primär Anstand beizubringen ist. Die meisten haben begrenzte Strafen. Wenn sie rauskommen, sollen sie kein gesellschaftliches Risiko mehr darstellen. Wir haben dann gut gearbeitet, wenn wir nachher nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Justizvollzug ist somit nicht in erster Linie "Strafe", sondern eine anstrengende Bewährungsschlaufe. Reintegration in die Gesellschaft hat also Priorität.

Integration ist auch das Stichwort gegenüber den 360'000 Ausländerinnen und Ausländern in unserem Kanton. Sie sollen bei uns eine Willkommensgesellschaft und Unterstützung spüren, damit sie sich möglichst rasch bei uns zurechtfinden. Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sollen raschmöglichst in die Erwerbstätigkeit einsteigen können und wollen. Ausländerinnen und Ausländer sind primär Gäste und nicht Menschen zweiter Klasse. Selbstverständlich haben sie sich dabei an die gleichen Gesetze zu halten wie wir alle.

Selbst in der Kommunalpolitik ist Kooperation und Verantwortung das Thema. Ich will starke, eigenständige, aber auch eigenverantwortliche Gemeinden. Nun gibt es zur Zeit Gemeindevertreter, die mehr jammern als handeln. Schuld an ihren Problemen geben sie u.a. den Ausländern, den Umweltverbänden, dem Finanzausgleich oder ganz generell dem Kanton. Ohne mit der Wimper zu zucken räumen sie über Anschlussverträge die Demokratie auf kaltem Weg aus, plädieren aber bei jeder Gelegenheit für Gemeindeautonomie und Strukturerhaltung.

Es ist deshalb höchste Zeit, dass auch über den Wandel der eigenen Strukturen und Prozessen nachgedacht wird.

Es geht mir also bei allem, was ich in der Exekutive tue um eine Politik des gegenseitigen Respektes und der Toleranz, um eine Politik des Ausgleichs, eine Politik der Chancen und der Lebensqualität, ja ureigentlich um eine Politik für alle. Eine Politik, die lebt. Und es geht mir um eine Politik der Verantwortung, die nicht zuletzt Verfassungs- und Völkerrecht achtet.

Das will ich heute und auch in Zukunft. Mit meiner Kandidatur für eine weitere Amtsdauer will ich Euch in der Regierung weiterhin vertreten, will mich einsetzen für ein nachhaltiges und liberales Zürich. Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind nicht zu unterschätzen.

Die nächsten Jahre werden Jahre der Investitionsausgaben sein. Wir werden massiv mehr investieren müssen in unsere in die Jahre gekommene Infrastruktur, namentlich im Bildungs- und Gesundheitssektor. Wir werden auch in Gefängnisse investieren müssen, immerhin weniger als unsere Westschweizer Kolleginnen und Kollegen. Wir werden investieren müssen in E-Government, in digitalisierte Verwaltungsabläufe und elektronischen Geschäftsverkehr mit der Bürgerschaft. Und wir werden investieren müssen ins Staatsverständnis der Bevölkerung. Steuern sind nicht einfach nur lästig. Nein, sie sichern einen Service Public, um den alle froh sind!

In meiner Direktion stehen eine ganze Reihe von Projekten an: Strategie- und Gesetzgebungsprojekte, Bau- und IT-Projekte (Beispiele vgl. Anhang).

Und in meiner Funktion als Präsident des Ostschweiz. Strafvollzugskonkordates sowie der Strafvollzugskommission der Justiz- und Polizeidirektoren geht es im Justizvollzug um die Verbesserung des "Risk Managements" und die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums. Gerade wenn wir weiterhin Unterstützung für den Resozialisierungsauftrag des Schweizer Strafvollzuges haben wollen, müssen wir Risiken kompetent abschätzen.

Gerne übernehme ich die Mitverantwortung für einen Kanton, der seine Aufgaben wirklich wahrnimmt und seiner Bevölkerung langfristig einen hochwertigen Service Public bietet. Er ist Teil unserer hohen Lebensqualität.

Es gilt nicht das Primat der Eigenverantwortung, sondern der kollektiven Verantwortung. Nicht nur jeder für sich. Sondern wir alle, gemeinsam füreinander. Dafür stehe ich ein.

Martin Graf Direktor der Justiz und des Innern 25.8.2014

Anhang

Ausgewählte Projekte der nächsten Jahre im Tätigkeitsbereich der Direktion der Justiz und des Innern:

- Gesetzgebungsprojekte:
 - Gemeindegesetz
 - Melde- und Einwohnerregistergesetz
 - Totalrevision Filmgesetz (Jugendschutz bei den Medien)
 - Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte
- Bauprojekte:
 - Erweiterung Staatsarchiv
 - Polizei- und Justizzentrum
 - Totalsanierung Gefängnis Zürich
 - Totalsanierung Vollzugszentrum Bachtel
 - Erstellung Bau III des Staatsarchives
 - Totalsanierung Lagergebäude des Opernhauses
- IT-/Verwaltungs-Projekte:
 - Ausbau Rechtsinformationssystem II
 - Einrichtung Zentrales Einwohnerregister
 - Einführung Electronic Monitoring
 - E-Government-Projekte inkl. E-Voting
- Strategieprojekte:
 - Förderung von Gemeindefusionen
 - Ausbau Kulturförderung (Leitbild/Lotteriefonds)
 - Integrationsförderung vA/aF
 - Leitlinien zum Verhältnis Staat Religionsgemeinschaften